

Elbe-Jeetzel-Zeitung

Niedersächsisches Tageblatt | Amtliches Kreisblatt | Zeitung für das Wendland | Jeetzel-Zeitung Dannenberg | Allgemeiner Anzeiger

Wir sind für Sie da:

Zentrale	05841 127-0
Anzeigenannahme	05841 127-192
Anzeigen Fax	05841 127-350
Leserservice	05841 127-125

Lokalredaktion	05841 127-160
Sportredaktion	05841 127-170
Redaktion Fax	05841 127-380

E-Mail service@ejz.de
Internet www.ejz.de

Wieder abgesagt

Dannenberg. Auch in diesem Jahr wird es in Dannenberg keinen „Kartoffelsonntag“ geben. Über einen entsprechenden Beschluss der Dannenberger Werbegemeinschaft, die das Volksfest ausrichtet, informierte jetzt die Verwaltung den Dannenberger Stadtrat. Ausfallen wird entsprechend auch die „Kartoffelstippe“, eine an den „Kartoffelsonntag“ gebundene Veranstaltung des Stadtrates. Grund für die Absage seien die Corona-Auflagen für solche Großveranstaltungen, heißt es von der Werbegemeinschaft: Diese dürften nur unter Einhaltung der 3G-Regeln stattfinden, und die Kontrollen seien bei einem solchen Fest nicht darstellbar. *rg*



Auch in diesem Jahr wird es in Dannenberg keinen Kartoffelsonntag geben. Eine solche Großveranstaltung sei unter Corona-Auflagen nicht realisierbar, heißt es von der Veranstalterin. *Aufn.: R. Groß*

Sammatz: neue Hotelpläne

Veränderter Standort für geplantes Hotel des Michaelshofes



» Seite 3

Ermittlungen nach Autorennen

Die Staatsanwaltschaft ermittelt nach einem Video gegen zwei junge Raser



» Seite 3

Hartmann knackt 3-Stunden-Marke

Gute Resonanz und einige starke Zeiten beim 29. Wendland-Marathon



» Seite 15

Fünf Frauen bilden den Vorstand

Einstimmige Wahlen und kurze Berichte bei der JHV des RFV Clenze



» Seite 17

WETTER

15°
13°

Bei starker Bewölkung fällt immer wieder Regen oder Sprühregen. Die Sonne hat kaum Chancen, sich zu zeigen. Es ist aber für die Jahreszeit recht mild.



Preisschock bei Diesel: Land will höhere Pendlerpauschale

Niedersachsens Wirtschaftsminister Althusmann: Bundespolitik muss für Entlastung sorgen. Vertreter des Gütergewerbes dringen darauf, dass die Erhöhung der CO₂-Steuer ausgesetzt wird

VON MARCO SENG
UND THERESA MÜNCH

Hannover. Seit Monaten steigen die Kosten an den Zapfsäulen der Tankstellen, jetzt werden Preisrekorde geknackt. Diesel ist in Deutschland inzwischen so teuer wie noch nie. Im bundesweiten Tagesschnitt des Sonntags lag der Preis bei 1,555 Euro pro Liter, wie der ADAC am Montag mitteilte. Auch für Superbenzin war der Höchststand nicht weit entfernt. Der Automobilclub mahnt deshalb eine Entlastung für Pendler an. Aus Niedersachsen gibt es Forderungen nach einer höheren Pendlerpauschale.

„CO₂-Abgabe und Rohölnachfrage treiben den Spritpreis derzeit in die Höhe und belasten Privathaushalte und Unternehmen“, erklärte Niedersachsens Wirtschaftsminister Bernd Althusmann (CDU). Mobilität dürfe aber kein Luxus werden – gerade auf dem Land gebe es zum Pkw

mit Verbrennungsmotor bislang kaum Alternativen. „Bei weiterhin rasant steigenden Spritpreisen muss die Bundespolitik handeln und an anderer Stelle für Entlastung sorgen, etwa durch eine höhere Pendlerpauschale“, betonte Althusmann.

Ähnlich äußerte sich Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) in der „Welt“. Bereits mit Einführung des CO₂-Preises sei die Pendlerpauschale erhöht worden. „Bleibt der Treibstoff auf einem so hohen Preisniveau, wird es ähnliche Lösungen ge-

„Mobilität ist für viele nicht mehr bezahlbar. Die Pendler werden am meisten belastet.“

Christine Rettig,
ADAC Niedersachsen

ben müssen“, sagte er. Es sei „schwer erträglich“, dass Mobilität für viele nicht mehr bezahlbar sei, sagte die Sprecherin des ADAC Niedersachsen, Christine Rettig. „Die Pendler werden am meisten belastet.“ Die Politik müsse das jetzt regulieren. ADAC-Verkehrspräsident Gerhard Hillebrand warnte davor, die Bevölkerung zu überfordern. „Ich hoffe – und gehe angesichts der aktuellen Spritpreissteigerung davon aus –, dass ein noch schneller ansteigender CO₂-Preis vom Tisch ist“, sagte Hillebrand.

Das fordert auch das Gütergewerbe. „Man müsste überlegen, ob man die Erhöhung der CO₂-Steuer zum 1. Januar aussetzt“, sagte Christian Richter, Landesgeschäftsführer der Fachvereinigung Güterkraftverkehr des Gesamtverbandes Verkehrsgewerbe Niedersachsen. Der Dieselpreis sei von September 2020 bis September 2021 um rund 37 Prozent gestiegen, die Gesamtkos-

ten für das Gewerbe stiegen damit um rund 9 Prozent. „Es besteht dringender Handlungsbedarf.“ Richter verwies auf den Preisvorteil für osteuropäische Konkurrenten beim Kraftstoff.

Der Dieselpreis hatte am Sonntag den bisherigen Rekord vom 26. August 2012 minimal übertroffen. Auch Benzin nähert sich mittlerweile dem Höchststand: Super der Sorte E10 lag am Sonntag bei 1,667 Euro pro Liter. Damit fehlen nur noch 4,2 Cent zum Rekord vom 13. September 2012.

Preistreiber ist vor allem der Ölpreis. Er zieht mit dem Wiederaufschwung der Konjunktur nach dem Corona-Schock an und hat sich binnen Jahresfrist in etwa verdoppelt. Beim Diesel wird der Anstieg durch die herbsttypische hohe Nachfrage nach Heizöl verstärkt. Seit Jahresbeginn sorgt der Kohlendioxidpreis von 25 Euro pro Tonne für einen zusätzlichen Aufschlag von rund 6 bis 8 Cent je Liter.

Colin Powell an Corona gestorben

Washington. Der frühere US-Außenminister Colin Powell ist infolge von Komplikationen nach einer Corona-Infektion gestorben. Powell, pensionierter General und einstiger Chef des Generalstabs der US-Streitkräfte, starb am Montag im Alter von 84 Jahren, wie seine Familie in einem Facebook-Post bekannt gab. Er sei vollständig gegen das Coronavirus geimpft gewesen, hieß es. *Colin Powell*



Foto: dpa

„Wir haben einen herausragenden und liebevollen Ehemann, Vater, Großvater und einen großen Amerikaner verloren“, erklärte die Familie. Powell, Sohn jamaikanischer Einwanderer, war unter Präsident George W. Bush der erste schwarze Außenminister der USA gewesen. Seine Amtszeit war geprägt von den Ereignissen nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001. » Politik

Auch FDP will über Koalition verhandeln

Berlin. Die FDP hat den Weg für Koalitionsverhandlungen mit der SPD und den Grünen freigegeben. Einen entsprechenden Beschluss fassten am Montag der Bundesvorstand und die neu gewählte Bundestagsfraktion einstimmig. „Wir begeben uns nun auf den Weg, Verantwortung für Deutschland mit zu übernehmen“, sagte FDP-Chef Christian Lindner. Die beiden anderen Parteien hatten Verhandlungen bereits zugestimmt.

Lindner machte allerdings deutlich, die angestrebte Ampelkoalition sei vor der Bundestagswahl keine Wunschkonstellation gewesen. » Politik

Polen rügt deutsche Richterwahl

Justizminister in Warschau wirft Berlin „Politisierung“ vor und schaltet EU-Gericht ein

VON DORIS HEIMANN

Warschau. Polen fordert eine Überprüfung des deutschen Systems zur Nominierung von Richtern am Bundesgerichtshof durch den Europäischen Gerichtshof (EuGH). Einen entsprechenden Antrag werde er im

Kabinett stellen, sagte Justizminister Zbigniew Ziobro am Montag in Warschau. Gegen Deutschland solle ein Verfahren angestrengt werden, weil die Politisierung der Richternominierung gegen EU-Verträge verstoße.

Ziobro sagte, wenn der EuGH versichere, dass die Beteiligung von Politikern an der Auswahlprozedur für Richter in Polen die Unabhängigkeit dieser Richter infrage stelle, dann stelle Polen die Frage, welchen Einfluss so eine Beteiligung auf die Unabhängigkeit künftiger Richter am

Bundesgerichtshof habe. Polens nationalkonservative PiS-Regierung baut das Justizwesen seit Jahren um. Kritiker werfen ihr vor, Richter unter Druck zu setzen.

Im Juli hatte der EuGH geurteilt, die 2018 eingerichtete Disziplinarkammer an Polens Oberstem Gericht biete nicht alle Garantien für Unabhängigkeit und Unparteilichkeit. Ausgewählt werden die Mitglieder der Disziplinarkammer vom Landesjustizrat. Der EuGH kritisierte, der Landesjustizrat sei ein Organ, das „von der polni-

schen Exekutive und Legislative wesentlich umgebildet wurde“.

Ziobro argumentierte nun, in Deutschland würden Richter für Bundesgerichte vom Richterwahlausschuss gewählt, der nur aus Politikern bestehe. Dem Gremium gehören die 16 Justizminister der Länder sowie 16 weitere Mitglieder an, die vom Bundestag bestimmt werden. Damit sei der Ausschuss stärker politisiert als Polens Landesjustizrat, sagte Ziobro. Diesem gehören 17 Richter, sechs Parlamentarier sowie zwei von der Regierung entsandte Mitglieder an.